

Tarifbindung ausweiten statt aufweichen!

Lieber Kollege Wetzel,

in einem Bericht in der FAZ vom 26.8. steht, dass im Zuge der Auseinandersetzung über umstrittene Werkverträge in deutschen Unternehmen Vertreter der Industrie und der Gewerkschaft IG Metall offen über die Einführung niedrigerer Tariflöhne für industrielle Dienstleistungstätigkeiten diskutieren. Es heißt dort, du hättest zugesichert, „*dass deine Gewerkschaft bereit sei, mit den Arbeitgebern über die Einstiegsgehälter des Metall-Tarifs zu reden.*“ Und weiter sagst du:

„*Wir verweigern uns keiner Diskussion.*“ *Allerdings werde dann „nicht nur über das Tarifniveau zu reden sein.“* *Notwendig sei ein „stimmiges Tarifkonzept für eine zukunftsfähige Metall- und Elektroindustrie in Deutschland“.* *Dazu zählten wirksame Regeln gegen ein Umgehen von Tarifverträgen, soweit das Zitat aus der FAZ*

Aus dem Artikel wird deutlich, dass es nicht um niedrigere Tarife für „Einsteiger“ im Sinne von Berufsanfänger/innen geht, sondern um Löhne unterhalb der EG 1. Diese würden mit regionalen Unterschieden um bis zu 80% über den 8,50 € liegen, die als Anhaltspunkt für einen gesetzlichen Mindestlohn gelten.

Deine Aussagen wundern uns sehr. Uns ist nicht bekannt, dass irgendwo in der Organisation – auch von dir nicht – dieses Problem angesprochen worden wäre. Richtig ist, dass es Diskussionen gibt, wie die Seuche der Werkverträge eingedämmt werden kann.

Auf der Delegiertenkonferenz der Verwaltungsstelle Stuttgart am 21. September hat der Bezirksleiter von Baden-Württemberg Jörg Hofmann auf einen Redebeitrag zu deiner Aussage klar geäußert, dass er keine Löhne unterhalb der EG 1 sieht. Die Lohnspreizung könne nicht weiter ausgedehnt werden. Über ERA sei lange genug verhandelt worden.

Zu Recht sind inzwischen nicht nur die Belegschaften, sondern auch große Teile der Öffentlichkeit empört. Berichte wie „Hungerlohn am Fließband“ haben aufgezeigt, dass sich die reichsten Konzerne Deutschlands des Instruments der Werkverträge bedienen, um Tarifverträge zu umgehen. Seien es die Flächentarife, oder wie im Fall von Daimler, selbst der Tarifverträge bzw. der Betriebsvereinbarungen zu Leiharbeit. Zugleich profitieren diese Konzerne dann noch von staatlicher Lohnsubvention.

Diese Berichte zeigen auch, dass der Begriff „produktionsnahe Dienstleistung“ bei einer hoch automatisierten Fertigung die überwältigende Mehrzahl der Beschäftigten umfasst: Vielen Logistikbeschäftigten, Programmierer/innen, Bestücker/innen und Instandhalter/innen steht vielleicht nur noch eine Bediener/in pro Schicht gegenüber.

Hier sehen wir durchaus Diskussionsbedarf innerhalb der IG Metall, der Gewerkschaften insgesamt und allen Organisationen, die sich über die skandalöse Situation im Billiglohnland Deutschland empören.

Schauen wir auf die im Frühjahr durchgeführte Beschäftigtenbefragung der IG Metall haben wir dort von über ½ Million Beschäftigten den klaren Auftrag bekommen, den Niedriglohnsektor und die prekäre Beschäftigung einzugrenzen: 63 % halten dies für sehr wichtig, 30 % für wichtig. Diesen Auftrag sollten wir annehmen und nicht das Gegenteil unterstützen.

Unsere Meinung ist, dass das Industriegewerkschaftsprinzip „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ und also auch ein Tarifvertrag wieder neu erkämpft werden muss, weil nur dies die Spaltung der Belegschaften wirksam bekämpft.

Außerdem: Ganz offensichtlich kann ein Mindestlohn von 8.50€ kein Ziel mehr sein, da er nicht zum Lebensunterhalt reicht, geschweige denn zu einer gesetzlichen Rente über Hartz IV-Niveau.

Wir spüren in unseren Betrieben, dass von den Managern die noch niedrigeren Löhne im Ausland als Druckmittel genutzt werden. Wir denken, dass es kein Weg für die IG Metall sein kann, dem mit Lohnsenkungen in Deutschland zu begegnen. Nötig ist es, aktive Solidarität mit den betroffenen Gewerkschaften in den anderen Ländern, vor allem in Südeuropa, zu üben und zweitens die Unterstützung für Merkels Europa-Politik zu beenden, die die Rettungspakete für diese Länder als Hebel für die Senkung der Löhne nützt und die Zerstörung der gewerkschaftlichen Rechte erzwingt.

Die bevorstehende neue Welle der Krise kann nur durch Solidarität bekämpft werden. Sicherung von Arbeitsplätzen auf Kosten bestimmter Beschäftigtengruppen hilft ebenso wenig weiter, wie ein Konkurrenzkampf gegen die Beschäftigten anderer Länder!

Kontakt und Verantw.: Gertrud Moll, Baumreute 56A, 70199 Stuttgart, metallertreff@yahoo.de

Eine Unterschriftensammlung des Zukunftsforums Stuttgarter Gewerkschaften / Gewerkschaftslink

